



Informationsstand zur Bundestagswahl

Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!

[Willy Brandt, Bundeskanzler 1969-1974]

Was sagen die bisher im Bundestag vertretenen Parteien zu Frieden und Abrüstung?



Das endgültige Wahlprogramm der SPD wurde auf dem Parteitag am 9. Mai 2021 beschlossen.



Das endgültige Wahlprogramm der Linken wurde auf dem Parteitag vom 19. bis 20. Juni 2021 beschlossen.

Das Wahlprogramm von CDU / CSU wurde am 21. Juni 2021 veröffentlicht.

Das endgültige Wahlprogramm der Grünen wurde auf dem Parteitag vom 11. bis 13. Juni 2021 beschlossen.

Das endgültige Wahlprogramm der FDP wurde auf dem Parteitag vom 14. bis 16. Mai 2021 beschlossen.



Das endgültige Wahlprogramm der AfD wurde am 20. Mai 2021 veröffentlicht.



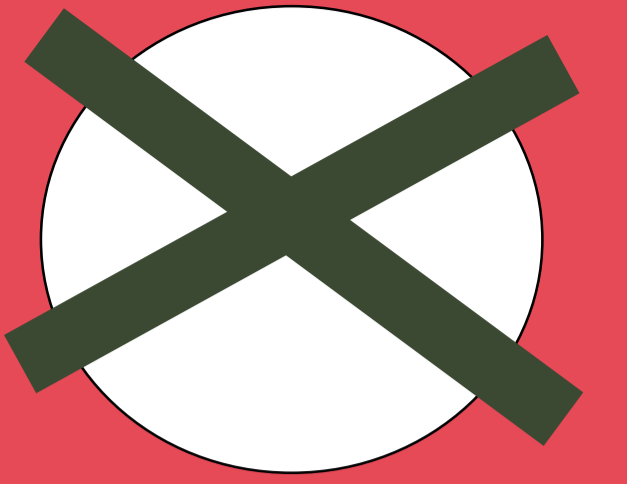
Die verwendeten Texte stammen aus einer Analyse der Wahlprogramme, die die Parteien für die Bundestagswahl am 26.09.2021 veröffentlicht haben.

Für die Plakate bearbeitet und gekürzt nach:

<https://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/bundestagswahl-2021-wahlprogramme-abruestung-ruestungsexport-friedenspolitik-atomwaffen-431.html>

(Aufruf: 31.08.2021 22:30 Uhr)

Rüstungsexporte abwählen!



Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt!

In den letzten Jahren genehmigte die Bundesregierung milliardenschwere Rüstungslieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten und heizte damit die Gewaltspirale weiter an. Dies ist möglich, weil die aktuelle Rechtslage viel Interpretationsspielraum zulässt.

Rüstungsexporte sind ein "gestaltendes Element der Sicherheitspolitik".
Deswegen setzen wir uns für einheitliche europäische Richtlinien für den Rüstungsexport ein.



Keine Rüstungsexporte "an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete".
Wir wollen eine restriktive EU-Rüstungsexportkontrolle mit Sanktionsmöglichkeiten und versprechen, ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorzulegen.
Wir sind für ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen dieses neue Gesetz und werden für eine wirksame Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte soll es nicht mehr geben.



Eine restriktive Rüstungsexportpolitik ist für uns zentral: Deutsche Rüstungsexporte an Drittstaaten einschränken, die Endverbleibskontrolle ausweiten und "absolute Ausnahmen nur im begründeten Einzelfall" ermöglichen.

Wir brauchen ein Rüstungsexportgesetz. Mit den anderen EU-Staaten wollen wir uns über eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen.

SPD

Alle Rüstungsexporte aus Deutschland mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz verbieten!

Zuerst den Export von Kleinwaffen und Waffenfabriken, da der Endverbleib nicht kontrolliert werden kann.

Hermesbürgschaften und die Produktion deutscher Rüstungskonzerne in autoritären Regimen beenden.

Perspektivisch gemeinsam mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern Konversionsprogramme für die und mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln.

DIE LINKE.

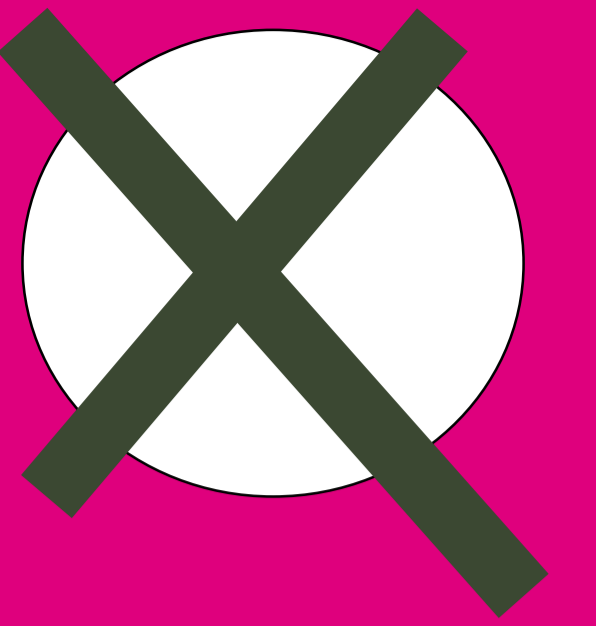
Die AfD nimmt nicht konkret Stellung zur deutschen Rüstungsexportpolitik. Sie fordert jedoch ausdrücklich "den Erhalt einer autonomen und leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Deutschland."



Die FDP nimmt in ihrem Wahlprogramm nicht konkret Stellung zur deutschen Rüstungsexportpolitik.



Atomwaffenverbot!



Atomwaffen bedrohen unsere Sicherheit. Ihr Einsatz hätte katastrophale Folgen! Deshalb ist im Januar 2021 der UN-Atomwaffenvertrag in Kraft getreten. Ein Großteil der Bevölkerung will, dass Deutschland auch beiträgt – doch die derzeitige Bundesregierung boykottiert ihn. Sie will vielmehr neue Kampfflugzeuge anschaffen, damit die Bundeswehr US-Atombomben transportieren und abwerfen kann.

Wir lehnen "nukleare Erstschlagvorbehalte" ab und setzen uns für die globale Abschaffung von ABC-Waffen ein. Ziel muss der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, "aber auch der auf Deutschland gerichteten atomaren Kurzstreckenwaffen" sein. Die nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle stärken und ausbauen. Kürzlich ausgesetzte Verträge neu verhandeln.



Solange es Staaten mit Atomwaffen gibt, braucht Europa "weiterhin den nuklearen Schutzschirm der USA".

Daher: für eine "entschlossene Fortsetzung" der nuklearen Teilhabe Deutschlands und die Bereitstellung der notwendigen Mittel dafür (2% des BiP). Langfristige wünschen wir uns eine Welt, "in der nukleare Waffen als Abschreckung nicht mehr nötig sind". Wir wollen daher Initiativen unterstützen, "die zu mehr Sicherheit beitragen".

Der Atomwaffenverbotsvertrag wird nicht genannt.



Der Anspruch von Bündnis 90 / Die Grünen ist "nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt". Wir wollen ein Deutschland frei von Atomwaffen und einen deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Dafür sind "zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig". Daher: Zuerst als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz teilnehmen und unter anderem eine internationale Initiative zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen starten.



Für eine Welt ohne Atomwaffen!

Wir setzen uns für Abrüstungsverhandlungen ein - auch mit dem Ziel, "die in Europa und in Deutschland stationierten Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten". Deutschland soll die Absicht des UN-Atomwaffenverbotsvertrages als Beobachter "konstruktiv begleiten". Die Entscheidung über einen Nachfolger der Tornado-Kampfflugzeuge ist von einer sorgfältigen Erörterung der nuklearen Teilhabe abhängig.



Wir bekennen uns zum "langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt". Auf Grund der zunehmenden Gefahr durch Nuklearwaffen sollen Deutschland und Europa Impulsgeber sein, um Abrüstungs- und Rüstungskontrollinstrumente "zu erneuern und neu zu denken". Dazu müssen auch Atomwaffenstaaten wie China an den Verhandlungstisch geholt werden.



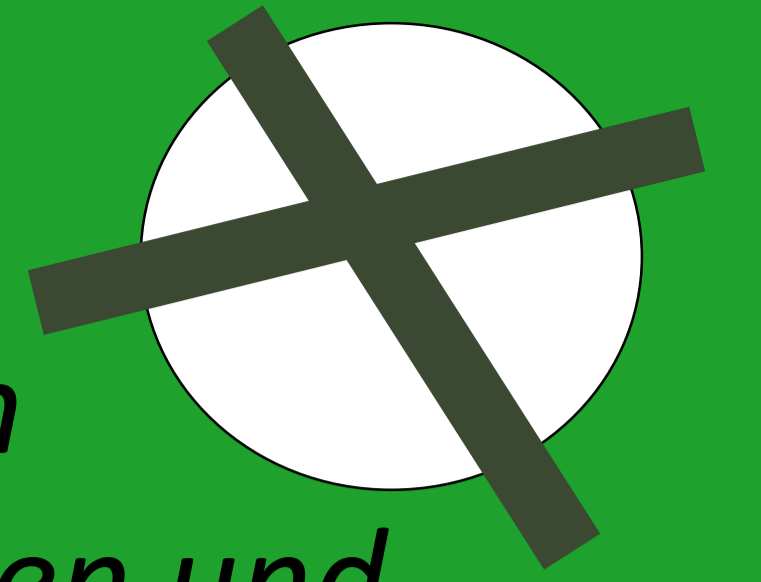
Deutschland muss den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen, die nukleare Teilhabe in der NATO beenden und darf keine Trägersysteme, Pilotinnen und Piloten mehr für Atomwaffen bereitstellen.

Die US-Atomwaffen sollten sofort abgezogen und vernichtet werden. Deutschland sich dafür einsetzen, dass das Iran-Atomabkommen wieder eingehalten und der INF-Vertrag wieder aufgelegt wird.



Frieden entwickeln!

Die Menschheit steht vor existentiellen Herausforderungen. Bewaffnete Konflikte, die Klimakrise, Artensterben und Pandemien führen uns das deutlich vor Augen. Eine ganzheitliche Friedenspolitik kann einen entscheidenden Beitrag zur einer nachhaltigeren, gerechteren und friedlicheren Zukunft leisten. Das braucht konsequente Krisenprävention, Friedensförderung und einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten.



So geht Frieden:

Die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückholen! Die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem ersetzen unter Beteiligung Russlands. Den Verteidigungshaushalt deutlich verkleinern. Im kommenden Jahr in allen Staaten weltweit die Militärausgaben um 10 Prozent senken. Der Fokus muss auf "zivilen Friedensmaßnahmen" liegen, die wir im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern wollen.

DIE LINKE.

Wir bekennen uns eindeutig zur NATO!

Um ihre Einsatzfähigkeit zu erhöhen, soll "der Modernisierungsprozess der Bundeswehr langfristig finanziell abgesichert werden".

Wir fordern eine "deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik aus einem Guss".

Deshalb wollen wir drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Verteidigung, eine werteorientierte Entwicklungspolitik und Diplomatie investieren. In der Krisen- und Konfliktbewältigung möchten wir insbesondere die Position von Frauen stärken.



SPD Wir setzen auf Diplomatie, Dialog, zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Deutschland soll seine "Führungsrolle" bei der Vermittlung von Frieden ausbauen. Deshalb wollen wir das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) stärken. Gleichzeitig leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag "zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung". Wir haben den Verteidigungshaushalt erhöht, um mit einer "gut ausgestatteten und modernen Bundeswehr unseren Aufgaben als zuverlässiger Partner" gerecht zu werden.

Wir werden die Mittel für zivile Krisenprävention dauerhaft erhöhen und den Zivilen Friedensdienst ausbauen.

Wir achten die UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung und setzen auf vorausschauende, zivile Konfliktprävention. Wir rücken die "Menschliche Sicherheit" in den Fokus der Sicherheitspolitik.

Die Bundeswehr soll entsprechend ihrem Auftrag "personell und materiell sicher ausgestattet,, werden. Das "2-Prozent-Ziel" der NATO lehnen wir ab und fordern eine strategische Neuaufstellung der NATO mit einer fairen Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten.



Wir wollen die Bundeswehr "finanziell gut ausstatten" und ihr "die Eigenständigkeit insbesondere bei Material und Personal" zurückgeben. Sie soll "starken Korpsgeist" und "deutsche Werte" pflegen. Die Wehrpflicht muss wieder eingesetzt werden. Eine "gerechtere Verteilung der Lasten" in der NATO muss mit einer Stärkung des europäischen Einflusses im Bündnis einhergehen. Die künftige Entwicklungspolitik muss deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung tragen und an die Bereitschaft zur Rücknahme ausreisepflichtiger Migranten geknüpft werden.

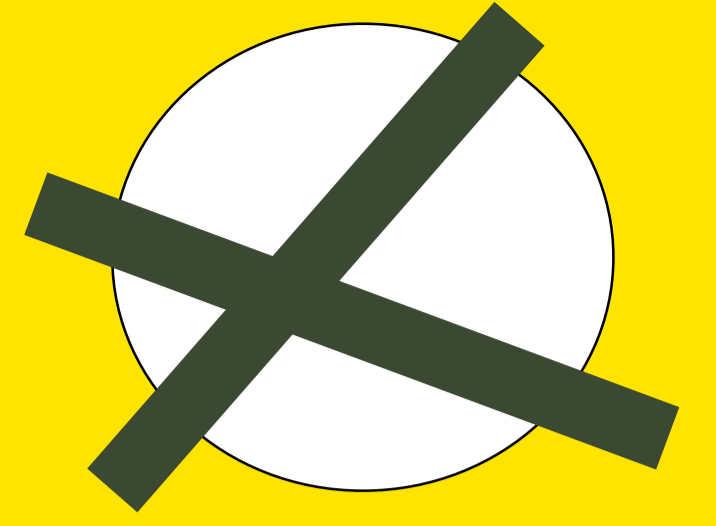


Die Union bekennt sich zur Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf zwei Prozent des BIP. Die Bundeswehr wird 2030 "mindestens zehn Prozent der militärischen Fähigkeiten" der NATO bereitstellen. Die "für die europäische Verteidigungspolitik zentralen Schlüsselprojekte" sollen engagiert vorangetrieben werden. Auch in Zukunft sollen 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit fließen, doch stärker verknüpft mit der "Außenwirtschaftsförderung" und engerer Kooperation, auch bei der "Rücknahme von Staatsangehörigen".



Europäische Friedenspolitik stärken!

Friedenspolitik ist weit mehr als Sicherheitspolitik. Die Agenda 2030 der UN mit ihren 17 Entwicklungszielen macht deutlich: Nur wo Friedensförderung ein integraler Bestandteil von Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Kulturpolitik ist, hat Frieden eine Zukunft.



Eigene militärische Fähigkeiten der EU entwickeln und langfristig eine europäische Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle aufbauen! Gleichzeitig eine Entwicklungszusammenarbeit entlang der Nachhaltigkeitsziele der UN und eine gemeinsame europäische Afrikapolitik aufbauen! Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge brauchen wir einen unbürokratischen, "vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist".



Wir wollen in Zukunft eine strategische sicherheitspolitische Autonomie für Deutschland und seine europäischen Partner erlangen. Dabei muss "Deutschland seine Rolle in Europa verantwortungsbewusst wahrnehmen". Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik lehnen wir ab, wollen aber eine ausgewogene Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland aufbauen.



Mit einem "Bündnis der Gestaltungswilligen" die Wirksamkeit der europäischen Verteidigung erhöhen, auch die "an der Ostflanke der NATO"! Im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion und PESCO wollen wir gemeinsame europäische Streitkräfte aufstellen, sowie mit der Europäischen Rüstungsagentur und dem Europäischen Verteidigungsfonds gemeinsame Rüstungsprojekte und -beschaffung fördern. Die europäischen Außengrenzen sollen "wirksam geschützt werden", dafür soll die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zu einer echten Grenzpolizei mit hoheitlichen Befugnissen ausgebaut werden.



Die Militarisierung der EU beenden! Wir fordern: ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten. Wir lehnen ab: den Europäischen Verteidigungsfonds, die Pläne zu einer europäischen Verteidigungsunion, eine stärkere Kooperation von EU und NATO. Die Gelder aller militärbezogenen EU-Programme in "sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und globale Gerechtigkeit" investieren. Die EU muss Fluchtwege frei machen und Fluchtursachen bekämpfen.

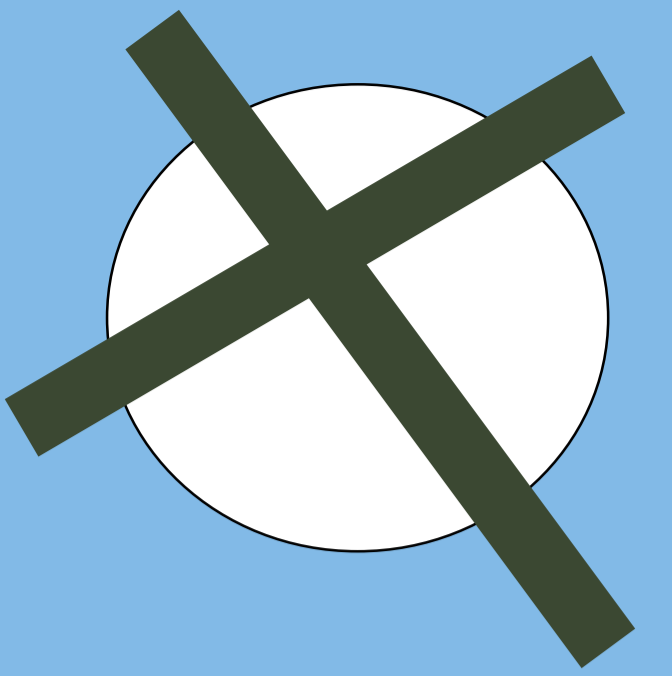


Wir Grüne verfolgen "die Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen": Wir wollen die gemeinsamen europäischen Institutionen stärken und "EU-Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation" ausbilden. Gleichzeitig auch die EU-Sicherheitsunion vorantreiben, um militärische Fähigkeiten zu bündeln und Parallelstrukturen abzubauen. Wir bekennen uns zu "internationalen Friedensein-sätzen" im Rahmen der UN und der Anwendung militärischer Gewalt, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Die Umwidmung ziviler EU-Gelder für militärische Zwecke lehnen wir ab.



Wir wollen, dass Europa "eine Vorreiterrolle bei internationaler Krisenprävention, Friedens- und Demokratieförderung sowie zum Schutz von Menschenrechten einnimmt". Wir fordern eine Erhöhung der EU-Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, sowie eine gemeinsame europäische Außen- und Nachbarschaftspolitik. Die NATO bleibt unverzichtbar, parallel dazu muss die EU verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Unser Ziel: "eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht Europa".

Drohnen und Autonome Waffensysteme zurückweisen!



Diese Kriegsgeräte können Konflikte sogar verschärfen. Zum Beispiel, wenn sie selbstständig eine Grenze bewachen. Wenn solche Systeme einander begegnen, könnten sie Konflikte auslösen, ohne dass eine militärische oder politische Entscheidung dahintersteckt. Drohnen und Kampfroboter werden in naher Zukunft selbstständig töten können. Doch es darf keiner Software überlassen werden, wer leben darf und wer sterben muss.

Für die Grünen stellen Autonome Waffensysteme eine unberechenbare Bedrohung dar. Wir wollen sie international verbindlich regulieren und "Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche Grundsätze verstoßen, international verbindlich ächten und verbieten". Vor einer Entscheidung über die Beschaffung muss geklärt werden, "für welche Einsatzszenarien der Bundeswehr die bewaffneten Drohnen überhaupt eingesetzt werden sollen".



Auch nach der Wahl versprechen wir "Nein zu Kampfdrohnen" für die Bundeswehr zu sagen. Wir fordern vielmehr die weltweite Ächtung von autonomen Waffensystemen und bewaffneten Drohnen. Die Bundesregierung muss dafür eine internationale Initiative starten. "Einsatz und Steuerung von Kampfdrohnen aus der Militärbasis in Ramstein durch die US-Armee" werden wir stoppen.



Die FDP äußert sich in ihrem Wahlprogramm nicht konkret zu Drohnen und autonomen Waffensystemen.



Bewaffnete Drohnen gelten als "heute selbstverständlich". Wir wollen diese auch für die Bundeswehr beschaffen. Auch die Fähigkeiten der Bundeswehr zur "Drohnenabwehr, Luftverteidigung und zum elektronischen Kampf" müssen deutlich gestärkt werden. Allerdings unterstützen wir eine Ächtung autonom-tötender Waffensysteme.



Der Einsatz von Drohnen gehört für uns zum bestmöglichen Schutz der Bundeswehrsoldatinnen und –soldaten. Die Entscheidung, ob deutsche Drohnen bewaffnet werden sollen, kann aber nur nach einer "umfassenden politischen und gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte" getroffen werden. Die Ächtung autonomer tödlicher Waffensysteme und ein internationales Regelwerkes für bewaffnete Drohnen bleibt unser Ziel.



Die AfD nimmt nicht konkret Stellung zu Drohnen und Autonomen Waffensystemen.

